

Mieter, wehrt euch gegen kapitalistischen Mietwucher!

Wohnungswesen in der Sowjetunion und in Deutschland

Mächtig vorwärts in der Sowjetunion

Die sozialdemokratische Presse benützt jede Gelegenheit, um die widerlichsten Angriffe gegen die sozialen Einrichtungen der Sowjetunion zu veröffentlichen, insbesondere auch solche über die angeblich fürchterliche Wohnungsnot im Lande des sozialistischen Aufbaues. Gerade rechtzeitig zur Reichstagswahl bringen nun eine Anzahl bürgerlicher Blätter Stimmen über das Wohnungswesen in Russland, die das direkte Gegenteil der sozialdemokratischen Verleumdungen feststellen und die gigantischen Pläne des Fünfjahresplanes bewundern. Der Vorliegende der demokratischen Stadtverordnetenfraktion in Breslau, Karl Wilhelm Wolff, schildert in der Breslauer Zeitung, Nr. 137, seine Ergebnisse auf einer längeren Reise durch die UdSSR. Weber das Wohnungswesen berichtet er folgendes:

„Zunehmend kann man wohl annehmen, daß die große Masse der Arbeiter mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden ist, der ihnen namentlich im Wohnungswesen starke Verbesserungen gebracht hat. Unzählige Angehörige der niederen Klasse hatten früher in den russischen Großstädten überhaupt kein Heim; sie hausten unter Brückentöpfen und in abstoßlichen Hofwinkeln und Kellern. Jetzt hat jeder Einwohner Anspruch auf eine, wenn auch geringe Wohnfläche, und zwar in der Größe von 10 Quadratmeter für das Familienmitglied, zu dem normalen Mietpreise von etwa zehn Prozent des Einkommens. Es werden aber auch bei besonderem Bedarf, z. B. für Kranke, größere Wohnflächen zugeteilt, der überschüssige Raum jedoch zum zwei- und dreifachen Mietpreise des Normalen. In Moskau sowohl wie in Leningrad werden gewaltige Wohnausbauten errichtet. Alle sehr- bis siebenstöckig.“

Auch die Bundesnachrichten des Bundes Deutscher Mietervereine beschäftigen sich in ihrer Nummer vom 1. Juli 1930 mit dem Wohnungswesen in der Sowjetunion und schreiben, daß sich dieselbe bemühe durch gesteigerte Bautätigkeit, bestehende Mängelstände schnellstens zu beseitigen. Sie veröffentlicht folgende Mitteilungen des Trud vom 26. Dezember 1929:

„... daß das Programm des Wohnungsbauwesens für 1929/30 eine Gesamtsumme von 617 Millionen Rubel für Wohnungsbau und für Instandhaltung vorsieht. Davon sollen 514 Millionen Rubel im sozialistischen Sektor, d. h. in staatlicher, kommunaler und genossenschaftlicher Regie verwandt werden. Die gesamte Wohnausfläche, die im Wirtschaftsjahre 1929/30 dem Bevölkerungsgemäß herzustellen ist, beträgt 6,8 Millionen Quadratmeter, und dadurch soll dem Wohnungsbedarf von 1.120.000 Personen genügt werden.“

Stadtbaumeister Ernst Man, einer der bekanntesten Städtebauer Deutschlands, wurde als Leiter des russischen Bauwesens nach Moskau berufen. Auf zahlreiche Angriffe seiner Kollegen antwortete er mit einem Briefe an die Frankfurter Zeitung u. a. folgendes:

„Bestand meine bisherige Tätigkeit, wie die fast aller Städtebauer der westlichen Länder, vorwiegend in der Stadterweiterung, so sollte ich nun Entwürfe für neue Städte aufstellen, die aus dem Nichts als selbständige Organisationen zu schaffen waren. Eine der bedeutungsvollsten Aufgaben, die wohl je dem Städtebauer gestellt wurden, wurde mir anvertraut: Die Gestaltung neuer, sozialistischer Städte, d. h. solcher Städte, deren Aufbau auf einer gänzlich veränderten, soziologischen Basis zu erfolgen hat, die in vielen Teilen erst zu ergründen und festzusetzen ist. ... Kein Mensch wird prophesieren können, ob dieses größte sozialistische Experiment aller Zeiten gelingen wird. Wir ist aber eine Mitarbeit an der gewaltigen und einmaligen Aufgabe, selbst auf die Gefahr des Scheiterns hin, unendlich wertvoller, als die ästhetische Befriedigung um die periodisch geführte Existenz. In Russland fand ich im Volke schwingend das, was ich weiter vorn als die Voraussetzung jeder bedeutungsvollen, fruchtbringenden Arbeit bezeichnete: jene innere Ergriffenheit von der Aufgabe, die bereit ist, Opfer zu bringen für ein hohes Ziel.“

Dasu bemerkt die Leipziger Mieterzeitung vom 21. August 1930: „Aus diesen Stimmen geht hervor, daß in der Sowjetunion eine Arbeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens geleistet wird, die alle kapitalistischen Staaten in den Schatten stellt.“

Wohnungswesen in den kapitalistischen Ländern

Geradezu entgegengesetzt liegen die Verhältnisse im kapitalistischen Westen. Am schlimmsten in Deutschland. Der Wohnraum einer Arbeiterfamilie mit 2 Kindern umfaßt im Jahre 1925 in:

Nordamerika	5 Räume
England	3 Räume
Deutschland	1,4 Raum

In einem Hause wohnen durchschnittlich in:

Chicago	9 Menschen
New York	20 Menschen
Paris	38 Menschen
Berlin	78 Menschen

Erst kürzlich bürgerliche Wissenschaftler, wie der Hygieniker Rubner, können nicht an den Folgen solcher fürchterlichen Zustände, die eine ungeheure Ausbreitung von Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus ujm. bedingen, vorübergehen, um so weniger, als in den einzelnen Räumen in der Mehrzahl der Fälle zahlreiche Personen wohnen müssen. Eine solchen verwerflichen Statistik aus dem Arbeiterort Berlin-Pankow ergab, daß in 38 Fällen 11 Personen in einem Wohnraum schliefen in 6 Fällen 10 Personen in einem Wohnraum schliefen usw. Diese Zustände, die man durch zahlreiche Beispiele weiter beleuchten könnte, sind um so fürchterlicher, als Deutschland nicht nur das Land der schlechtesten, sondern auch der teuersten Wohnungen ist. Aus den Indizes des Reichsstatistischen Reichsamtes ergibt sich, daß im Durchschnitt

150 Prozent der Friedensmiete gezahlt werden. Seit 1927 also eine Steigerung um 15 Prozent. Das stellt in der Chemnitzer Volksstimme vom 19. August 1930 auch Heinrich Ströbel fest, nur vergißt er zu sagen, daß während des größten Teiles der seit 1927 verfloßenen Zeit in Deutschland eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Reichsgeschäfte geführt hat.

Mit diesen ungeheuerlichen Mieten sind aber die Hausbesitzer immer noch nicht zufrieden. Der Reichsjustizminister Dr. Schmidt von der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes sagte auf der Hausbesitzerversammlung in Danzig am 10. August 1930: „Am Ende des Weges, den wir heute in der Reichsregierung bewußt verfolgen, steht die freie Wohnungswirtschaft, die Verankerung kann ich ihnen geben.“ Das bedeutet, daß die Miete für Mietswohnungen auf mindestens 200 Prozent der Friedensmiete hinaufgetrieben wird und

der vom Hausbesitzerkapital geforderte Ausgleich an die Neubaugewinnungsmieten wirklich erfolgt.

Beseitigung der Hauszinssteuer

Das ist die Forderung der Hausbesitzervereine, die aus dieser Steuer schon allein in Preußen rund 300 Millionen RM in ihre Taschen stecken und weitere Millionen Gewinne einheimen möchten.

Die Stellung der Kommunisten zu dieser Forderung ist ganz klar. Wir verlangen die Beseitigung der Hauszinssteuer im Interesse des Geldbesitzers der werksichtigen Mieterchaft und fordern, daß, solange dieselbe noch besteht, diese Mittel reiflos dem Arbeiterwohnungsbau zugeführt werden.

Im Gegensatz zur Sowjetunion wird die Wohnungsnot in Deutschland immer gewaltiger. Die Wohnungsbautätigkeit ruht fast vollständig. In der Hochsaison des Baugewerbes sind mehr als 50 Prozent der Bauarbeiter ohne Beschäftigung und, soweit Wohnungen hergestellt werden, sind die geforderten Mieten für die Arbeiter und Angestellten, für die mittleren und unteren Beamten unerträglich. Man vergleiche das gigantische Wohnungsbauprogramm der Sowjetunion mit den jämmerlichen Plänen der Reichsregierung, nach denen im dichtbesiedelten Sachsen land und Schlei lediglich 4000 Neubaugewinnungen mit unmittelbarem Reichszuschuß entstehen sollen.

Gestern traten die Vertreter des Bundes Deutscher Mietervereine in Dresden zu ihrer Reichstagsung zusammen. Es ist notwendig, bei dieser Gelegenheit ein ernstes Wort über die Politik dieser Organisation zu sagen. Sie konnte an Verharmlosung und Unklarheit kaum übertreffen werden, und fand ihren Höhepunkt wohl während der Landtagswahl in der Aufzählung an unorganisierten Mietern, entweder der KPD, der SPD oder den Nationalsozialisten die Stimme zu geben. Es ist Aufgabe der Delegierten, gegen solche Unplausibilitäten Stellung zu nehmen und Herrn Herrmann oder wer sonst dafür verantwortlich sein mag, zu sagen, daß weder SPD noch NSDAP mieterfreundliche Parteien sind.

Der 25. Deutsche Mietertag in Dresden

Zu einer öffentlichen Tagung im Gemeinhaus, der würdig dieses Ereignisses, mit den deutschen Reichsarbeitern, den sächsischen und Dresdener Parteien und den Angehörigen der großen deutschen Städte geladene ist (sogar der Berliner Parlat-Straße-Verein für seine nicht), versammelte sich eine erlauchte Gesellschaft des deutschen Arbeiterbewusstseins. Vertreter der Regierung, der Stadt Dresden, des bismarckischen Ordinariats, des Deutschen Städtebundes, der deutschen Jüdischen, der Krankenkassen, der Gewerkschaften, der Stedterverbände und die Delegierten der Mieterorganisationen

in Frankfurt und weiter West.

Eine Heerschar sämtlicher gut deutschgeachteter Organisationen und Männer, denen das Wohl und Wehe der freien deutschen Republik und angeblich des deutschen Volkes am Herzen liegt.

Kein Kampfbegriff

wie man es in der jetzigen Zeit der katastrophalen Wirtschaftskrise, der immer größer werdenden Auspowerung der werksichtigen Massen und der immer härteren Aggressivität der Bourgeoisie und damit auch der großen Hausbesitzer gegen die Mieter voraussehen sollte. Statt Kampfbegriffen und Massenmobilisation — Kleinbürgerliche Festsitzung im „politischen Dresden und im sächsischen Sachsenlande“.

Nach der üblichen Kongreßbegleichung des Vertreters der reaktionären Schiedsregierung, Ministerialrats Dr. Edelmann, gab der Bundesvorsitzende J. Herrmann einen nationalen Sermon zum Thema: „Freies Rheinland... eine deutsche Stadt Danzig“ ujm. Dr. Beck, Vertreter der um die Gunst der Arbeiterchaft kühnenden Staatspartei, lobte den „verblüffenden“ Dresdener Wohnungsbau, und in daselbe Horn blies der Dresdener Stadtverordnetenratlicher Döllsch (SPD), der der Verammlung vorlag, daß in Dresden jährlich 5000 Wohnungen gebaut werden, daß aber wegen „vorübergehenden“ Geldmangels der Wohnungsbau nicht forciert werden könne. Er versah aber zu sagen, daß die Zahl von 5000 Wohnungen nur einmal erreicht wurde (i. J. 1928).

Kein Wort über die Dresdener Wohnungsnot, kein Wort über die Mieterkämpfe in Neubauten, die unter Initiative der SPD-Fraktion durchgeführt werden sollen.

Reichstagsabgeordneter Lipinski, Mieterfachmann der SPD, verteidigte das Verhalten seiner Partei gegenüber den Angriffen der „Konkurrenz“. Die Sozialdemokraten hätten nicht grundsätzlich gegen den kommunalistischen Antrag gestimmt, der verlangt: „Das Aufkommen der Hauszinssteuer ist reiflos zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu verwenden... und ist in voller Höhe von den Hausbesitzern abzuführen“ (Drucksache Nr. 91). Er begründete die standhafte Tatsache, daß nur 850 Millionen vom Ertrag der Hauszinssteuer für Wohnungsbau verwendet werden, während 850 Millionen in die Staatskasse und 400 Millionen in die Taschen der Hausbesitzer fließen, damit, daß durch die Erhöhung der Beamtengehälter die Staatsfinanzen zu sehr in Anspruch genommen worden seien, und außerdem, daß es die Arbeiterklasse verstanden, durch Lohnerhöhungen die Mietzinssteuer auszugleichen.“

Reichstagsabgeordneter Gen. Schumann sprach im Namen der kommunistischen Partei Deutschlands. Er wies nach, daß die Kommunisten die einzigen gewesen sind, die jederzeit konsequent und kompromisslos die Forderung der Mieter in Anträgen in den Parlamenten vertreten haben. Die Kommunisten haben von den Regierungen verlangt: Beseitigung der ungerechten Hauszinssteuer, volle Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, Streichung des § 22 des Reichsmietengesetzes und des § 52 des Mieterschuldengesetzes, was eine alle Forderung der Mietervereine ist. Aber sämtliche Parteien, mit den Sozialdemokraten an der Spitze, lehnten diese Anträge ab oder prinzipiell oder „nur“ aus Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches, ist für die Mieter im Endeffekt gleich. Aber auf die Ablehnung dieser Anträge taten sich die Länder in ihrem Vorgehen gegen die Interessen des Mieterproletariats. So hat z. B. Preußen 25 Prozent der Bevölkerung außerhalb des Wohnungsmangelgebietes nicht und das Nazi-Paradies Thüringen 72 Prozent der Bevölkerung. Erst in jüngerer Zeit hat die kommunistische Reichstagsfraktion in Drucksache 1616 den Antrag gestellt, statt der bisher festgelegten Mindestmiete eine gesetzlich festgesetzte Höchstmiete festzusetzen. Aber auch dieser Antrag wurde bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Diese Feststellungen, die Verrat der SPD an den werksichtigen Massen und an den Mietern beweisen, werden dem Präsidenten so unangenehm, daß der Vorsitzende Herrmann dem Genossen Schumann das Wort entziehen will, weil hier nicht der Ort für „politische Auseinandersetzungen“ sei. Natürlich hören solche Tadeln die Festimmung, die für die Herren zur Beseitigung der Mieter die wichtigste ist. Gen. Schumann legt nun in seinen folgenden Ausführungen die grundsätzliche Anschauung der Kommunisten dar, die in der Wohnungsnot nicht mit einer wieder zu behobende Nachkriegsercheinung leben, sondern für die die Wohnungsfrage eine Klassenkampffrage ist. Schon der Altmeister des Sozialismus, Karl Marx, hat festgestellt, daß die

Mietsteigerungen unter SPD- und Naziregierungen

Während der Regierungstätigkeit der Herrmann Müller und Genossen erhöhte sich die Miete um 15 Prozent. Gegen den Willen des Preussischen Landtages erfüllte auf dem Wege der Notverordnung der preussische Ministerpräsident Otto Braun die Wünsche des Hausbesitzerkapitals. In Dresden steigerte Herr Rößch die Neubauermieten, im Robert-Straube-Hof in Chemnitz streifen seit langer Zeit die Mieter gegen den sozialdemokratischen Dezerenten, in Leipzig leistet Herr Freitag, ebenfalls Mitglied der SPD, den Hausbesitzern willige Dienste.

Daselbe gilt für die Nazis, deren Minister Friedl in Thüringen die Mieten erhöhte und deren Reichstagsfraktion sich rühmte, zahlreiche Hausbesitzer in ihrer Partei organisiert zu haben.

Nur die kommunistische Partei und die mit ihr sympathisierenden und in der Arso zusammengefloßenen Organisationen vertreten rücksichtslos die Forderungen der Wohn- und Gewerbaummieten. Nur im festen Bündnis mit ihnen kann die Mieterbewegung zu Erfolgen schreiten. Während im allgemeinen eine Stagnation in der Mieterbewegung vorhanden ist, zeigen sich rasche und starke Fortschritte in Bezirken mit revolutionärer Führung. Das gilt für den Chemnitzer Mieterverein und auch für den Ortsverein Wurzen im Reichsbund Deutscher Mieter. Die Leipziger Mieterzeitung selbst war in ihrer Nummer vom 21. August 1930 feststellen, daß es lediglich der Arbeit revolutionärer Genossen, unter Führung unseres Genossen Kneuber, gelang, im 1. Halbjahre 1930 56 neue Mitglieder für den Ortsverein Wurzen zu gewinnen. Das muß Mahnung und Wegweiser für die gesamte Mieterbewegung sein, die im schweren Kampfe steht und in stärkerer Nähe als bisher lernen muß, daß nur im Land der proletarischen Diktatur die Interessen der Mieter verwirklicht werden können. Der Ruf, der vom Deutschen Mietertag vieltausendfach in allen Ecken Deutschlands erklingen muß, kann aus diesem Grunde nur lauten:

Mieter, her zur revolutionären Klassenfront!

Wählt am 14. September KPD, Liste 4!

Dr. Ernst Cohn.

Wohnungsverhältnisse eine Zeit der Lebensverhältnisse des Proletariats sind, und daß darum der Kampf um bessere Wohnverhältnisse mit eingereicht werden muß in den Kampf des Proletariats um bessere Lebensverhältnisse. Der Kampf darf darum nicht nur ein Kampf zwischen Mieter und Hausbesitzer bleiben, sondern muß erweitert werden zum Kampf zwischen Kapital und Arbeit überhaupt. Die jugendlichen Klassenkämpfer, die sich auch in der Wohnungsfrage auswirken, und die im kommenden Winter immer stärkere Formen annehmen werden, müssen zum nächsten Kampf gegen das Kapital führen, und dieser Kampf muß mit allen, dem Proletariat zur Verfügung stehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln geführt werden.

Nach dieser klaren und scharfen Abrechnung mit den Verrätern des Mieterproletariats wirkt es direkt wie eine Provokation, daß im Namen der Gewerkschaften gerade der sozialdemokratische Abgeordnete Krudt das Wort ergreift; Krudt, der der Inipator und sozialistischste Vertreter der Koalition mit der Wirtschaftspartei ist; der Mann, der wegen einiger Ministerposten die Interessen der Arbeitnehmer und der Mieter an die Hausbesitzerpartei verraten will, spricht hier von Vertretung der Mieterinteressen, von enger Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Mieterorganisationen. Beste Illustration für diese „enge Zusammenarbeit“ ist die Erklärung des Breslauer Gewerkschaftsbundes zum Streik der 4000 Breslauer Neubauermieten gegen die Mieterkämpfer: „Die Bauarbeiter müssen sich bei den streikenden Neubauarbeitern bedanken, wenn sie keine Arbeit haben.“ So spielen die sozialdemokratischen Arbeiterführer“ Lette des Proletariats gegeneinander aus, um ihre Politik der Stützung und Erhaltung des Kapitalismus durchzuführen zu können.

Dann ergreift Bundesvorsitzender J. Herrmann das Wort. Der Hauptinhalt seiner Rede ist: „Wie herrlich weit haben wir es doch gebracht, gegenüber den Zuständen vor 30 Jahren, wo der Hauswirt von dem Kapitalbesitzerrecht ausgehoben Gebrauch machte. Er spricht von der „verpöhten Ausgehobenheit“ in der Revolution und nachträglich, die Neubauermietenfrage zu lösen, nämlich die Stellung des Grund und Bodens unter ein besonderes Recht, das den spekulativen Mißbrauch ausschließt, und er muß selbst zugeben, daß zwar ein Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung heißt, der eine staatliche Überwachung der Bodenutzung und des Mißbrauchs vorschreibt, aber daß diese Frage noch nicht gelöst ist. (Wenn Ueberwachende und Ueberwachte dieselben Kreise sind, dann kann sich allerdings nur ein ganz kleiner oder ein kleiner darüber wundern.) Die Frage des Mieterrechtes, des Mieterrechtes, der Mietpreisbildung u. a. sind heute von besonderer aktueller Bedeutung. Die wohnungsreformistische Vera Müller hat hier viel Klarheit geschaffen.“ Das ist für die kommende Wahl wichtig. Die Ergebnisse dieser wohnungsreformistischen Vera Müller“ und die Folgen dieser Vera hat jeder Mieter in Form durch Mieterhöhung, Abbau des Mieterdaches und der sozialen Leistungen des Staates am eigenen Leibe deutlich zu spüren bekommen. Jasmoh, das ist sehr wichtig für die kommende Wahl. Interessant und typisch für die absolut Kleinbürgerliche Einstellung dieser Tagung ist der Schluß der Herrmannschen Rede: „Ahnere Mission liegt letzten Endes darin, daß wir unterem Volke das Vaterhaus wiedererrichten wollen.“

Von demselben Geiste war die folgende Rede des Reichstagspräsidenten Paul Löbe bezeugt, der in ebenso klüßlichen wie verlogenen Worten das „traute Heim“ der früheren Zeit belang, das im Zeitalter der Industrie zerstört wurde. Dieses „Heim“ könne aber nur wieder hergestellt werden durch Behebung der Wohnungsnot. Große, schöne, lustige und sonnige Wohnungen müssen gebaut werden, jedem die Möglichkeit geboten werden, wieder in nähere Verbindung mit der Natur zu kommen. Keine dunklen Hinterhöfe und Hinterräume mehr. Wohngebäude und Wohnungswirtschaft muß der Charakter einer Ware angenommen, Bekämpfung des Bauwunders ujm. Alles alte richtige Mieterforderungen, die in Russland mit größter Energie durchgeführt werden. Aber er lagte kein Wort davon, wie diese Forderungen durchgeführt werden sollen, und daß gerade keine Partei, die SPD, immer mit der Bourgeoisie die Durchführung dieser Forderungen verhindert hat. Statt dessen redet er von einer Erziehung zum „guten Geldmad“, der notwendig sei für eine wirkliche „Wohnkultur“. Dann werden unsere Kinder wieder die Erinnerung an das Vaterhaus, an das traute Heim ihrer Lieben durchs Leben tragen.“

Hoffentlich ist der Applaus, den der Genosse Schumann mit seinen Ausführungen hatte, nicht bloß eine leere, unbedachte Ovation gewesen, sondern der Beginn einer politischen Klärung. Und wenn die politischen Tatsachen und Zusammenhänge die Köpfe der Mieter klargemacht haben werden, dann wird der blaue Dunst eines Löbe und Konlorien wirkungslos bleiben. Und darum ist es Aufgabe der proletarischen Klassenbewußten Elemente in der Mieterkämpferbewegung, mit größter Aktivität an die Aufklärungsarbeit unter den Mietern heranzugehen und sie zu mobilisieren gegen den Verrat der Sozialdemokraten an den Interessen der Mieter und gegen den Verrat, die Mieterorganisationen mehr und mehr zu verkleinbürgerlichen.

(Fortsetzung über den weiteren Tagungsverlauf und die einzelnen grundsätzlichen Referate folgt.)